Peter Gauweiler in Surheim:

Anrufung des Verfassungsgerichts war notwendig

Der Bundestagsabgeordnete sprach beim politischen Abend der Jungen Union im Lederer-Festzelt

SURHEIM (-00-) - "Ein dauerhaft friedliches und lebenswertes Europa gibt es nur mit rechtsstaatlicher Demokratie oder gar nicht." Diese Meinung vertrat der als "Euro-Skeptiker" bekannt gewordene CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Gauweiler am Montagabend auf der Abschlussveranstaltung der Festwoche "250 Jahre Gasthof Lederer" im Festzelt in Surheim. Eingeladen zu diesem "Politischen Abend" hatte der Kreisverband der Jungen Union. Dessen Vorsitzender Maximilian Lederer konnte sich über ein volles Zelt freuen.

Lederer stellte die "für den Normalbürger immer noch unvorstellbar hohe Summe" von 190 Milliarden Euro in den Blickpunkt, auf den das Verfassungsgericht Deutschlands Beteiligung am Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) vorerst begrenzt hat. Damit und auch mit noch mehr Geld sei die Eurokrise nicht zu lösen, unterstrich er. Das gehe nur mit Strukturreformen in den Problemländern, die diese selber einleiten und bewältigen müssten. Es gelte, jetzt den Weg in eine Europäische Schuldenunion zu stoppen. Dafür setze sich MdB Gauweiler ein.

Wer über Europa reden wolle, der müsse die Regionen wie dieses Berchtesgadener Land kennen und schätzen, leitete Gauweiler seine Rede ein. Hier feiere man jetzt das 250. Jubiläum eines Familienbetriebs. Der Wohlstand unseres Landes sei hauptsächlich von solchen mittelständischen Unternehmern getragen. Die Finanzkrise beschäftige die Menschen stark. Der jüngste Richterspruch von Karlsruhe sei notwendig gewesen. Jetzt komme es darauf an, dass die politisch Verantwortlichen sich kraftvoll für eine wirkliche Lösung des Problems einsetzen, und das mit der nötigen Ehrlichkeit. Das Parlament dürfe nicht zu einer "Formation von Nick-Eseln" werden, fügte Gauweiler unter

Er machte deutlich, dass es zur Euro-Krise auch durch die von hohen Ausgaben zur Rettung von Banken nach der Lehman-Pleite verursachte Überschuldung mehrerer EU-Länder gekommen sei. Bei Griechenland sei es besonders krass gewesen, weil dieses Land in einem Jahr 140 Milliarden Euro für Zinsen und Tilgungsraten ausgegeben habe, aber nur über Einnahmen von 41 Millionen verfügte. Man solle jetzt nicht auf die Griechen einschlagen. Dieses Land sollte aber in seinem eigenen Interesse nicht im

Euro bleiben. Die benachbarte Türkei, die einst auch zahlungsunfähig war, habe durch Umschuldung, Währungs-Abwertung und Reformen ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder erlangt und habe heute sogar 125 Prozent Wachstum. Die Griechen könnten das derzeit nicht erreichen, weil sie als Euroland nicht abwerten könnten.

"Wir müssen aus der Geschichte lernen und jetzt Widerstand gegen die Politik der Europäischen Zentralbank und ihres Präsidenten leisten", forderte Gauweiler. Die Summe von 190 Milliarden, auf die das Verfassungsgericht den Anteil Deutschlands am ESM vorläufig begrenzt habe, sei auch noch hoch. Die erste Rate von 22 Milliarden, die schon überwiesen sei, sei schon doppelt so hoch wie der gesamte bundesdeutsche Bildungshaushalt. Das Verfassungsgericht habe auch angeordnet, dass die restlichen 168 Milliarden Euro bereitstehen müssten, weil Deutschland bei Anforderung binnen sieben Tagen zahlen müsse.

"Ich bin schon irritiert darüber, dass das erst in Karlsruhe und nicht schon im Bundestag zur Sprache gekommen ist", erklärte Gauweiler. Das Parlament hätte dem ESM-Vertrag so nicht zustimmen dürfen. "Man kann doch nicht die ganze Welt umarmen und dabei auf die eigenen Leute vergessen." Schlimm sei auch die Regelung, dass Deutschland sein Stimmrecht im ESM-Gremium sofort verlieren würde, wenn es die angeforderten Zahlungen bis zur Höhe von 190 Milliarden Euro nicht binnen sieben Tagen leiste. Dann könnten die anderen allein über weitere Rettungsmaßnahmen auch zu Lasten Deutschlands beschließen. "Da entscheiden dann eventuell elf Investmentbanker in Brüssel, das wäre das Ende der Demokratie", verdeutlichte Gauweiler.

Er kritisierte auch "unglaubliche" Dinge im ESM-Vertrag, etwa die un-



Am Ehrentisch im vollen Festzelt: links von vorne MdL Roland Richter, JU-Kreisvorsitzender Maximilian Lederer und MdB Peter Gauweiler, rechts von vorne Bürgermeister Ludwig Nutz, Landrat Georg Grabner und CSU-Kreisvorsitzende Michaela Kaniber. Foto: Moosleitner

beschränkte internationale Immunität der ESM-Gouverneure, die sie auch bei Verfehlungen vor Strafverfolgung schütze. Das wolle auch der Deutsche Richterverband korrigiert haben. Mit einem Zeitungszitat prangerte Gauweiler die vergangenen drei Euro-Jahre als "Geschichte der Vertragsbrüche" an. Jetzt wolle sich die Europäische Zentralbank auch noch zur Herrscherin Europas aufspielen. Da müsse endlich eine Rote Linie gezogen werden, Staatenfinanzierung müsse der EZB verboten bleiben. Wenn der EZB-Präsident Staatsanleihen wie angekündigt aufkaufen wolle, die wertlos sind und die keiner sonst haben will, dann müsse das zu Geldentwertung führen, die auch die Spargroschen der Menschen treffe. Deshalb verdiene der deutsche Bundesbank-Präsident Weidmann Unterstützung, wenn er sich gegen eine solche EZB-Politik gewandt habe.

Der Abgeordnete machte deutlich, dass der Gang zum Bundesverfassungsgericht in Sachen Eurorettung notwendig gewesen sei. Es sei das Positive in unserem Rechtsstaat, dass Bürger diese Möglichkeit haben. Auch die CSU habe ihn übrigens zur Anrufung des Verfassungsgerichts ermuntert, ergänzte Gauweiler. Schließlich gehe es um die Zukunft Europas.

das "ein Europa der Verschiedenheit sein soll." Jede europäische Nation habe ihre eigene Geschichte und Kultur, Sprache und Tradition. Das dürfe man nicht "einebnen".

"Wir Bayern schaffen es nervlich auf Dauer nicht, dass die in Brüssel und Berlin anordnen und wir dann all das bezahlen sollen", unterstrich der "Schwarze Peter". Die Volkspartei CSU habe die Aufgabe, die kleinen Einheiten zu verteidigen und Mitbestimmung und Einfluss der Bürger

vor Ort zu fördern. Saaldorf-Surheims Bürgermeister Ludwig Nutz wertete den politischen Abend als gelungenen Abschluss einer erfolgreichen Festwoche und hob auch den Stellenwert des nun schon seit 250 Jahren bestehenden Gasthofs Lederer hervor. Er überreichte den Wirtsleuten eine stattliche, gerahmte Gratulationsurkunde von der Gemeinde. JU-Kreisvorsitzender Maximilian Lederer bedankte sich bei MdB Peter Gauweiler mit einem Rupertikörberl und einem Maßkrug. Die von Bernhard Rehrl dirigierte Musikkapelle Surheim, die Gauweiler und seine Begleiter schon mit dem "Bayerischen Defiliermarsch" hereingespielt hatte, sorgte dann noch für einen schwungvollen Ausklang des Abends.